



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Verordnung über die Weiterbildung; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Juli 2015 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zur Verordnung über die Weiterbildung Stellung zu nehmen. Gerne nehmen wir dieses Angebot für eine Stellungnahme an und äussern uns wie folgt:

Der Regierungsrat des Kantons Uri begrüsst grundsätzlich den Entwurf der Verordnung. Die Verordnung schafft die Grundlage, dass gesamtschweizerisch tätige Organisationen, welche sich der Weiterbildung sowie der Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener widmen, vom Bund finanziell unterstützt werden können. Wir begrüssen insbesondere, dass die Bundesbeiträge an die Organisationen der Weiterbildung an klar definierte Aufgaben geknüpft werden, die dem Weiterbildungssystem insgesamt oder definierten Teilbereichen dienlich sind. Wir begrüssen weiter, dass die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen im Rahmen von Programmvereinbarungen erfolgt.

Für die Umsetzung haben wir folgende Bemerkungen:

- Der Prozess für den Abschluss der Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kan-

tonen ist schlank zu gestalten. Insbesondere ist auch das Berichtswesen auf das Notwendige zu beschränken. Es ist zu verhindern, dass erhebliche kantonale Ressourcen notwendig werden, um Programmvereinbarungen abschliessen zu können.

- Wir erachten es als Vorteil, dass Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen statt mit einem auch gleichzeitig mit mehreren Kantonen abgeschlossen werden können. So mindestens interpretieren wir den Artikel 9. Sollte diese Interpretation nicht korrekt sein, ist eine entsprechende Präzisierung aufzunehmen, damit Kantone auch gemeinsam Programme entwickeln und mit dem Bund auch gemeinsam eine Programmvereinbarung abschliessen können.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit Stellung nehmen zu dürfen und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 29. September 2015



Im Namen des Regierungsrats

Frau Landammann

Der Kanzleidirektor

Dr. Heidi Z'graggen

Roman Balli